

W

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Klimapolitische Entwicklungen in den USA

Initiativen auf bundesstaatlicher und regionaler Ebene

- INFO-BRIEF -

Susanne Donner, Felix Faltin

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages

Verfasser: Dipl.-Chem. Susanne Donner, Prakt. Felix Faltin

Klimapolitische Entwicklungen in den USA

INFO-BRIEF WD 8 – 3010 - 095/08

Abschluss der Arbeit: 23.07.2008

Fachbereich WD 8: Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit,
Bildung und Forschung

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Die Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste sind dazu bestimmt, Mitglieder des Deutschen Bundestages bei der Wahrnehmung des Mandats zu unterstützen. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W.

- Zusammenfassung -

Die USA lehnen in den internationalen Verhandlungen bis heute die Ratifikation des Kioto-Protokolls mit der Begründung ab, die Erfüllung von verbindlichen Reduktionszielen für Treibhausgasemissionen würde der amerikanischen Wirtschaft schaden. Gleichwohl wächst in den US-Bundesstaaten die Bereitschaft, aktive Klimaschutzpolitik zu betreiben. In 17 Bundesstaaten wurden verbindliche Obergrenzen für Treibhausgasemissionen festgelegt. Die Einführung von Emissionshandelssystemen steht in mehreren Bundesstaaten bevor.

Eine besondere Rolle kommt dabei dem Bundesstaat Kalifornien zu, der als erster verbindliche Reduktionsziele verabschiedet hat und gegenwärtig auf eine Regulierung der Emissionen im Straßenverkehr drängt. Mehrfach folgten verschiedene US-Bundesstaaten in der Vergangenheit dem Beispiel Kaliforniens und implementierten zeitlich verzögert ähnliche Gesetze.

Diese Entwicklung wird durch regionale Initiativen, die über die Grenzen der Bundesstaaten hinausreichen, verstärkt. Im Gesamtbild gehen viele der Klimaschutzmaßnahmen derzeit vor allem von den Staaten der West- und Nordostküste aus.

Die allmählichen innenpolitischen Veränderungen in der Klimaschutzpolitik spiegeln sich auch in überparteilichen Gesetzesentwürfen im US-Kongress wider, die darauf abzielen, den Treibhausgasausstoß mittels verbindlicher Obergrenzen zu reduzieren.

Inhalt

1.	Einleitung	4
2.	Position der US-Regierung	5
2.1.	Die Regierung	5
2.2.	Die staatliche Umweltbehörde (Environmental Protection Agency - EPA)	8
3.	Der Kongress	9
4.	Die Bundesstaaten	11
4.1.	Reduktionsziele und Klimaaktionspläne	12
4.2.	Klimafreundliche Stromerzeugung	16
4.3.	Verkehr	19
4.4.	Regionale Initiativen	20
5.	Fazit	22
6.	Literatur- und Quellenverzeichnis	23

1. Einleitung

Sowohl die praktische Erreichbarkeit von Klimaschutzzielen als auch die politischen Erfolgsaussichten einer globalen Klimaschutzstrategie werden häufig von einer Beteiligung der USA abhängig gemacht. Als weltweit größter Einzelemittent von Treibhausgasen haben die USA ein großes Handlungspotenzial zum Erreichen globaler Klimaschutzziele (UBA 2005: 34). Im Jahr 2003 betrug der Anteil der USA am Treibhausgasausstoß der so genannten Annex-I-Länder¹ 38,6 Prozent (UNFCCC 2005: 22) und etwa 20 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen (UBA 2005: 34). Zudem verzeichneten die USA zwischen 1990 und 2004 einen Emissionszuwachs von 21,1 Prozent (EPA 2006).

Auch klimapolitisch wäre es laut EU-Umweltkommissar Stavros Dimas „absolut notwendig, dass sich die USA bewegen, damit andere Länder folgen“ (ORF 2007). Gemeint sind mit „den anderen Ländern“ vor allem China und Indien, deren Anteil an den globalen Emissionen rapide zunimmt. Die Einbindung dieser Länder sowie der USA in die multilaterale klimapolitische Zusammenarbeit ist Voraussetzung für den Erfolg einer globalen Klimaschutzstrategie (Müller 2003: 12; Ott 2006: 125; UBA 2005: 34).

Besonders im Hinblick auf eine Nachfolgelösung für die im Jahr 2012 auslaufende, erste Verpflichtungsperiode des Kioto-Protokolls stellt sich die Frage nach der Möglichkeit einer zukünftigen Beteiligung der USA. Seit der Ablehnung des Kioto-Protokolls zeigte sich die Mehrzahl der Beobachter pessimistisch, dass die USA sich an einer globalen Klimastrategie mit Reduktionsverpflichtungen beteiligen würden. Im öffentlichen Diskurs wurde die klimapolitische Position der Regierung von George W. Bush als symptomatisch für das Fehlen eines umweltpolitischen Verantwortungsbewusstseins gewertet (Brühl 2000, 363). Dieses Bild gilt es jedoch insofern zu differenzieren, als gegenwärtig innen- und klimapolitische Entwicklungen innerhalb der USA einen moderaten Optimismus nähren und eine Neuausrichtung der US-amerikanischen Position in Klimafragen bewirken könnten.

Die folgende Darstellung klimapolitischer Entwicklungen in den USA versucht nicht, die politischen und operativen Rahmenbedingungen zu klären, unter denen die USA bereit wären, sich an einer Nachfolgelösung des Kioto-Protokolls zu beteiligen. Stattdessen wird über klimapolitisch positive Entwicklungen auf subnationaler Ebene berichtet, von denen auch Impulse auf die gesamtstaatliche Haltung ausgehen.

¹ Zu den Annex-I-Ländern gehören mit Ausnahme von Südkorea und Mexiko alle OECD-Länder sowie die Transformationsländer mit Ausnahme von Kroatien und Slowenien.

2. Position der US-Regierung

2.1. Die Regierung

In den 60er und 70er Jahren nahmen die USA auf Regierungsebene eine umweltpolitische Vorreiterrolle ein und stellten auch in den 90er Jahren noch einen Führungsanspruch (Brühl 2000; Rudolf 2006; Kleine-Brockhoff 2006). Obwohl der US-Präsident Bill Clinton das Kioto-Protokoll im November 1998 unterschrieb, wurde der europäisch geprägte Kioto-Prozess nicht als ein für die USA geeignetes, umweltpolitisches Instrument angesehen. Stattdessen wurde es als unfair – weil die Entwicklungsländer bei den Verpflichtungen ausklammernd – und schädlich für die amerikanische Wirtschaft gewertet (Müller 2003: 18).

Schon im Jahr 1997 stimmte der Senat mit der Byrd-Hagel-Resolution einstimmig dagegen, die Entwicklungsländer – unter anderem Indien und China – von Emissionsverpflichtungen im Kioto-Protokoll auszunehmen, wie es die Staatengemeinschaft 1995 gegen den Widerstand der US-Verhandlungsdelegation beschlossen hatte. Die Weigerung des Senats, das Protokoll zu ratifizieren, markierte den Anfang des Ausstiegs der USA aus dem Kioto-Prozess (Müller 2003: 10). Die endgültige Verweigerung folgte schließlich im März 2001, kurz nach Beginn der Amtszeit von Präsident George W. Bush (Brühl 2000; Müller 2003: 6-9, 15; von Winter 2004).

Nachdem eine Ratifikation des Kioto-Protokolls in den USA in weite Ferne gerückt war, galt der Klimaschutzpolitik weiterhin nur eine nachrangige Priorität. Die US-Regierung setzte jedoch eigene Akzente: Anstatt eine Reduktion der Treibhausgase mit verbindlichen Vorgaben und Minderungszielen anzustreben und so eine klimafreundliche Wirtschaftsweise zu forcieren (**market pull**), setzte sie auf die Förderung von Forschung und Innovation mit dem Ziel, klimafreundlichen Technologien den Markteinstieg zu erleichtern (**technology push**).

Statt absolute Emissionsreduktionen zu beschließen, verkündete die US-Regierung 2002, die **Treibhausgasintensität**² um 18 Prozent bis zum Jahr 2012 zu vermindern. Faktisch dürfen damit jedoch die Treibhausgasemissionen bei gleichbleibender Wirtschaftslage weiter steigen. Lediglich die Zunahme der Emissionen wird verlangsamt.

Weitere Kennzeichen der amerikanischen Klimaschutzpolitik sind der starke Fokus auf **Technologieförderung** und die Verzahnung der **Versorgungssicherheit** mit Fragen des Klimaschutzes. Diese Herangehensweise kommt unter anderem in der Asiatisch-Pazifischen Partnerschaft für saubere Entwicklung und Klima (APP) zum Ausdruck, die

2 Unter der Treibhausgasintensität ist das Verhältnis vom Ausstoß an Treibhausgasen gegenüber dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zu verstehen.

im Juli 2005 unterzeichnet wurde und klimafreundliche Technologien und Energieerzeugungsarten mittels zwischenstaatlicher Kooperationen vorantreiben soll (Donner, Stratmann 2005). Ebenso finden sich die Technologieförderung und die Verknüpfung von Versorgungssicherheit und Klimaschutzpolitik in der nationalen Gesetzgebung (z. B. Energy Policy Act von 2005) und in der Budgetverteilung für Forschungsausgaben wieder (Donner, Maigré 2005: 4). Typische Instrumentarien der amerikanischen Klimaschutzpolitik sind neben der direkten **Forschungsförderung, Steuervergünstigungen und freiwillige Partnerschaften** zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor sowie **internationale Kooperationen**. Diese finden sich auch in Bundesprogrammen wie dem Climate Change Technology Program von 2002 und Climate Change Science Program aus demselben Jahr wieder.

Wegweisende neue Ansätze der Klimaschutzpolitik sind von Seiten der US-Regierung in den vergangenen Jahren nicht angestoßen worden. Bemerkenswert ist jedoch eine Meinungsänderung des US-Präsidenten im Jahr 2005: Noch bis Anfang 2005 vertrat die US-Regierung die Position, dass es keinen menschengemachten Klimawandel gäbe. Unzählige fachliche Stellungnahmen von regierungsinternen Wissenschaftlern und von Klimaforschern der National Academy of Sciences ignorierte Bush zunächst. Er bezweifelte gar die Redlichkeit der Klimaforscher, die den Einfluss der Treibhausgase auf das Weltklima analysierten. Im Vorfeld des G-8-Gipfels in Gleneagles im Juli 2005 kam es dann zu einem Umdenken: Bush erkannte den Klimawandel als teilweise vom Menschen verursachtes Problem an, betonte jedoch, dass unklar sei, zu welchem Teil die Erwärmung natürlich oder anthropogen sei. Diese Haltung behielt die Regierung danach in einer Reihe von Erklärungen und Stellungnahmen, etwa der Potsdam-Initiative der G8-Umweltminister im März 2007, bei. Mit der Annahme der drei Teile des vierten Sachstandsberichtes des UN-Klimarats (des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)) erkannte die US-Regierung prinzipiell den wissenschaftlichen Konsens über die anthropogene Erderwärmung an (G8 2005; G8 2007; Washington Times 2007a; UBA 2005: 34; IPCC 2007).

Bei der 11. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention im Dezember 2006 in Montreal gab die US-Regierung schließlich ihre Blockadehaltung auf und stimmte zu, dass die Verhandlungen über die Fortführung der UN-Klimarahmenkonvention³ aufgenommen werden sollten. Die Klimarahmenkonvention - ohne bindende Reduktionsverpflichtungen - haben die USA im Unterschied zum Kioto-Protokoll ratifiziert (Rechkemmer, Schmidt 2006: 67). Dennoch blieb Präsident Bush auf dem EU-USA-

3 Die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC)) hat das Ziel, eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems zu verhindern und die globale Erwärmung zu verlangsamen sowie ihre Folgen zu mildern. Sie schreibt keine Emissionsbegrenzungen vor.

Gipfel am 30. April 2007 bei seiner ablehnenden Haltung gegenüber verbindlichen Emissionsreduktionszielen. Auf solche Verpflichtungen würden die USA sich nur einlassen, wenn auch andere große Emittenten wie China und Indien Reduktionen ihrer Treibhausgasemissionen beschließen würden (EurActiv 2007 b). Auch auf der 12. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Bali im Dezember 2007 wehrten sich die USA weiterhin gegen verbindliche Reduktionsziele. Sie willigten lediglich ein, zur „Minderung der Klimaänderungen messbare, zu berichtende und überprüfbare, national angemessene Minderungsverpflichtungen“ bei einem künftigen Übereinkommen „zu berücksichtigen“ (BMU 2007 a). Dennoch kann dies als weiterer Beleg dafür gewertet werden, dass die Regierung von der Position der Klimaskeptiker abgerückt ist. Diesem allmählichen Umdenken folgten einzelne klimapolitische Initiativen: Anlässlich der Verabschiedung des Energieunabhängigkeits- und Energiesicherheitsgesetzes am 19. Dezember 2007 verkündete die US-Regierung: „Die Maßnahmen könnten dazu beitragen, die projizierten CO₂-Emissionen in der Größenordnung von Milliarden Tonnen zu verringern.“ Sie würden dabei „helfen, messbare Anstrengungen zur Reduktion der Emissionen anzustreben, wie bei der Klimakonferenz in Bali beschlossen.“ (White House 2007). In einer Rede vom 17. April 2008 kündigte Bush im Vorfeld einer Klimakonferenz in Paris schließlich eine neue Klimaschutzstrategie an. Demnach sollen ab 2025 die Treibhausgasemissionen der USA nicht weiter steigen. Damit erkannte Bush erstmals eine absolute Emissionsbegrenzung für sein Land an, lehnte aber konkrete und vor allem rechtsverbindliche Vorgaben weiterhin nachdrücklich ab (Spiegel Online 2008a). Diese Abkehr von der ursprünglichen Position ist letztlich auch auf den Druck aus den eigenen Reihen, dem Kongress und den Bundesstaaten zurückzuführen. Bei dem G8-Gipfeltreffen im japanischen Toyako bekannten sich auch die USA mit der Schlusserklärung vom 8. Juli 2008 zu dem Ziel, dass die weltweiten Treibhausgasemissionen bis 2050 mindestens halbiert werden sollten (Ministry of Foreign Affairs of Japan 2008).

Die Kritik aus europäischen Politik- und Medienkreisen an amerikanischen Klimaver-säumnissen bezieht sich in der Regel auf die offizielle Regierungsposition (Müller 2003: 5; Rechkemmer, Schmidt 2006: 67; Brühl 2000: 363). Wenig Aufmerksamkeit wird dabei den anderen Akteuren und Ebenen der amerikanischen Politik zuteil, in denen sich bemerkenswerte klimapolitische Entwicklungen beobachten lassen. Die amerikanische Öffentlichkeit ist beim Klimaschutz weiter als ihre Regierung (BMU 2007 b). Aktivitäten der Bundesstaaten und der Behörden werden im Folgenden dargestellt.



2.2. Die staatliche Umweltbehörde (Environmental Protection Agency - EPA)

Die Environmental Protection Agency (EPA), die wichtigste umweltpolitische Behörde in den USA, wurde zwar schon im Jahr 1970 gegründet, hat jedoch bis heute keinen Kabinettsrang inne. Sie wirkt kaum aktiv bei der Entwicklung der Umweltschutzgesetzgebung mit, insofern wird ihr innenpolitisch eine geringe Bedeutung beigemessen (Brühl 2000: 364). Allerdings entscheidet die EPA über kalifornische Umweltsetzesvorlagen und kann so die künftige Umweltschutzpolitik entscheidend beeinflussen.

Im Jahr 1999 drängten 13 US-Umweltorganisationen die EPA mit einer Petition vergeblich dazu, den Emissionsausstoß von Kraftfahrzeugen zu begrenzen. Nachdem die EPA die Petition offiziell ablehnte und sich für nicht zuständig erklärte, klagten Umweltorganisationen mit Unterstützung von einem Dutzend Bundesstaaten, darunter Massachusetts und Kalifornien. Sie beriefen sich auf den Clean Air Act, ein Gesetz gegen Luftverschmutzung aus dem Jahr 1990, und argumentierten, dass Treibhausgase von Kraftfahrzeugen gemäß diesem Gesetz reguliert werden müssten (Spiegel Online 2007; Die ZEIT 2007a).

Am Ende des Instanzenweges entschied schließlich der amerikanische Oberste Gerichtshof am 2. April 2007 zugunsten der Kläger und bestätigte überdies die Rechtmäßigkeit von Emissionskontrollen bei Kohlekraftwerken. Die EPA sei im Rahmen des Clean Air Acts ermächtigt, Emissionsgrenzwerte zu erlassen. Der oberste Gerichtshof urteilte jedoch auch, dass die EPA nicht in der Pflicht stehe, rechtsverbindliche Vorschriften zur Emissionsreduktion einzuführen, sondern dass dies eine Aufgabe der Politik sei. Daher wird erwartet, dass das Urteil sowohl auf Kongress- als auch Regierungsebene eine umweltpolitische Neuorientierung begünstigen könnte (Spiegel Online 2007; FAZ.NET 2007; Die ZEIT 2007a).

Dennoch hat die EPA im Dezember 2007 einen Erlass des Bundesstaates Kalifornien abgewiesen, der strengere Emissionsvorschriften für Fahrzeuge in Kalifornien ermöglichen sollte. Gouverneur Arnold Schwarzenegger hat am 2. Januar 2008 aufgrund der Entscheidung Klage gegen die EPA erhoben; 17 Bundesstaaten haben sich dieser Klage angeschlossen (Office of the Governor 2007; Office of the Governor 2008).

Seit mehreren Jahren betreut die EPA mehrere freiwillige Programme, die zur Erfüllung des 18-Prozent-Ziels – die Treibhausgasintensität soll um 18 Prozent vermindert werden – beitragen sollen. Neueren Datums ist lediglich die Clean Energy-Environment State Partnership vom Februar 2005, an der zunächst 11 Bundesstaaten teilnahmen. Drei weitere schlossen sich 2006 an und Hawaii im Jahr 2007. Im Zuge der Initiative formuliert jeder Bundesstaat Aktionspläne für saubere Energie und Umwelt (EPA 2006).

3. Der Kongress

Der amerikanische Kongress hat in der Vergangenheit die amerikanische Umweltpolitik immer wieder entscheidend geprägt (Brühl 2000, 364). Weder unter Präsident Bill Clinton noch unter Präsident George W. Bushs erster Amtszeit formierte sich jedoch eine nennenswerte Opposition im amerikanischen Kongress gegenüber der Klimapolitik des Präsidenten (Müller 2003: 15, Kleine-Brockhoff 2006). Clinton versuchte den Kongress nicht nachhaltig zur Ratifikation des Kioto-Protokolls zu bewegen (Brühl 2000: 375), und Präsident Bush stand zunächst einem republikanisch dominierten Kongress gegenüber, erfuhr aber in seiner ersten Amtszeit auch von den Demokraten wenig Widerstand in klimapolitischen Fragen (Müller 2003; Brühl 2000).

Vor allem auf Initiativen der demokratischen Minderheit im Kongress wurde unter Präsident Bush zumindest bei Fragen der Versorgungssicherheit auch der Klimaschutz berücksichtigt, was sich beispielsweise in der Asiatisch-Pazifischen Partnerschaft widerspiegelt (Müller 2003: 15; Donner, Stratman 2005: 10). Im Unterschied zum republikanischen Ansatz, Versorgungssicherheit ausschließlich durch eine steigende Eigenproduktion zu gewährleisten, unterstützten die Demokraten die Doppelstrategie, die Energieimporte zu reduzieren und klimafreundliche Technologien voranzutreiben. Der 107. Kongress, dessen Sitzungsperiode mit dem Antritt der Bush-Administration begann, hatte bis zum Jahr 2003 über 50 Gesetzesvorlagen mit Bezug zur Klimapolitik auf den Weg gebracht, in denen meistens die Energiepolitik mit der Reduktion von Treibhausgasemissionen verknüpft wurde (Müller 2003: 15).

Nach dem demokratischen Wahlsieg bei den Kongresswahlen 2006 nahmen die Interessenkonflikte zwischen Kongress und Präsident zu. Schon kurz nach dem Antritt des 110. Kongresses im Januar 2007 beschlossen die Demokraten mit Unterstützung vieler Republikaner und gegen den Widerstand der Regierung per Gesetz (Clean Energy Act aus dem Jahr 2007), Steuervorteile für amerikanische Ölkonzerne in Höhe von 14 Milliarden US-Dollar abzuschaffen, davon 7,6 Milliarden rückwirkend. Die freigewordenen Mittel werden nun für die Entwicklung alternativer Energien verwendet (U.S. Congress 2007; Economist 2007; New York Times 2007).

Die Demokraten im Kongress haben im Januar 2007 einen umfassenden Gesetzentwurf zum Thema Erderwärmung und Versorgungssicherheit eingebracht. Dieser trat mit einigen substantiellen Änderungen als **Energy Independence and Security Act of 2007** am 19. Dezember 2007 in Kraft. Danach sollen bis zum Jahr 2022 etwa 132 Milliarden Liter Sprit aus Biokraftstoffen in Umlauf gebracht werden. Weiterhin soll der Verbrauch der in den USA verkauften Fahrzeuge bis 2020 auf 6,8 Liter je 100 Kilome-

ter sinken. Im Entwurf war jedoch ein Mindestanteil für erneuerbare Energien an der Stromerzeugung vorgesehen sowie die Subventionierung der entsprechenden Technologien. Präsident Bush hatte gegen diese Vorschläge sein Veto angedroht; schließlich strich der Senat die entsprechenden Vorschriften aus dem Entwurf (Library of Congress 2007; White House 2007).

Die Präsidentin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi schuf in der ersten Jahreshälfte 2007 einen Sonderausschuss für Energieunabhängigkeit und Erderwärmung (Speaker 2007; Sourcewatch 2007).⁴ Dieser hat zwar keine legislative Funktion, ist aber prominent besetzt und führt Anhörungen durch, denen bereits zu Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes (siehe Kapitel 3.2.) eine große Öffentlichkeit zu Teil wurde.

Von den konkreten Gesetzesvorlagen zum Klimaschutz ist jene des republikanischen Senators und Präsidentschaftskandidaten McCain und des unabhängigen Senators Lieberman, die unter anderem auch vom demokratischen Senator und Präsidentschaftskandidaten Barack Obama unterstützt wird, am populärsten: Der Gesetzentwurf zum ‚**Climate Stewardship and Innovation Act of 2007**‘ (Gesetz zur Klimaverantwortung und zur Innovation) sieht vor, die amerikanischen Emissionen von 2012 bis 2050 auf ein Drittel des Niveaus vom Jahr 2000 zu senken. Emissionsbegrenzungen und ein Emissionshandelssystem sollen eingeführt werden. Der Entwurf wurde am 12. Januar 2007 in den Kongress eingebracht. Derzeit werden die Höhe der geplanten Reduktionen und die Frage, ob sie verpflichtend sein sollen, im Kongress debattiert. Der Entwurf wurde vom letzten Kongress zwei Mal blockiert, allerdings haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Jahr 2006 geändert. Schließlich kann auch der Präsident die Unterzeichnung mit einem Veto verweigern (EurActiv 2007a; Economist 2007; US Climate Network 2007; Washington Times 2007b; Kleine-Brockhoff 2006).

Am 18. Oktober 2007 wurde ein neuer Gesetzentwurf von Senator Joseph Lieberman und dem republikanischen Senator John Warner in den Kongress eingebracht, der für intensive Diskussionen sorgte. Mit dem ‚**Climate Security Act 2007**‘ sollte der Treibhausgasausstoß bis zum Jahr 2050 schrittweise auf 63 Prozent unter das Niveau von 2005 abgesenkt werden. Es sollte ein Emissionshandelssystem eingeführt werden, das 82 Prozent der Emissionen des Landes – und damit mehr als das bestehende Emissionshandelssystem der EU – erfasst. Die Zertifikate sollten zu einem Viertel versteigert werden. Dieser Gesetzentwurf hätte eine innenpolitische Abkehr der USA vom Kurs Bushs symbolisiert und zugleich einen Meilenstein in der Klimaschutzpolitik dargestellt, mit dem die USA erstmals eine Vorreiterrolle übernommen hätten. Am 6. Juni

⁴ House Select Committee on Energy Independence and Global Warming unter: <http://globalwarming.house.gov/>

2008 wurde das Gesetz jedoch vom US-Senat zu Fall gebracht. Den Befürwortern des Gesetzes fehlten 12 Stimmen, das Votum fiel 48 zu 36 aus. Der amtierende Präsident George W. Bush hatte jedoch sein Veto für den Fall angekündigt, dass das Gesetz angenommen worden wäre.

Die anhaltenden Veränderungen in der Klimaschutzpolitik auf US-Bundesebene sind auch auf den innenpolitischen Druck von Seiten des Kongresses oder von Seiten der Bundesstaaten zurückzuführen.

Auch in den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen spielt die Klimaschutzpolitik, neben vorrangigen Themen wie der Finanzpolitik im Inland, der inneren Sicherheit, der Außenpolitik gegenüber Irak und Iran sowie der Friedenspolitik in Israel, eine wichtige Rolle. Schon während der letzten Präsidentschaftswahlen hatten Kandidaten beider großer Parteien im Kongress versucht, entsprechende Gesetzesvorlagen einzubringen (Müller 2003: 15), eine Entwicklung, die sich derzeit erneut abzeichnet.

Wie wichtig der Klimaschutz den amerikanischen Wählern ist, zeigten die Kongresswahlen 2006. Der damalige Wahlsieg des republikanischen Gouverneurs von Kalifornien, Arnold Schwarzenegger, entgegen dem Trend eines schwachen republikanischen Gesamtergebnisses, wird von vielen Analysten vor allem seinem Umweltengagement zugeschrieben (Economist 2007; Kleine-Brockhoff 2006).

Im laufenden Präsidentschaftswahlkampf haben die Kandidaten klar Position für den Klimaschutz bezogen. Gesetzesvorlagen wie der oben angeführte Climate Stewardship and Innovation Act of 2007 und der Climate Security Act 2007 werden von dem republikanischen Senator John McCain und dem demokratischen Senator Barack Obama grundsätzlich unterstützt (BBC 2007; Spiegel Online 2007; Berliner Zeitung 2007, Spiegel Online 2008b). Barack Obama befürwortet Reduktionsziele und einen auktionsbasierten Emissionshandel. John McCain spricht sich für einen Emissionshandel und eine Eindämmung der Treibhausgasemissionen aus.

4. Die Bundesstaaten

Während die derzeitige US-Regierung Fortschritte bei den internationalen Klimaverhandlungen immer wieder blockiert hat, kam in den letzten Jahren Bewegung in die Klimaschutzpolitik der US-Bundesstaaten (UBA 2005: 34). Die vielfältigen und innovativen Aktivitäten auf der bundesstaatlichen Ebene sind innenpolitisch einflussreich und können so auch über amerikanische Grenzen hinaus richtungweisend sein (Ott

2006: 129). Sie sind auch für sich genommen potenziell wichtige Beiträge zum Klimaschutz (Rechkemmer, Schmidt 2006). Die meisten Bundesstaaten verfügen inzwischen über Pläne für wirksame Klimaschutzmaßnahmen, angefangen von Zielen für die Anteile von erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis hin zu Reduktionszielen für Treibhausgasemissionen (UBA 2005: 34; Pew Center 2006; Pew Center 2007).

4.1. Reduktionsziele und Klimaaktionspläne

Bis Dezember 2007 hatten 36 US-Bundesstaaten Klimaaktionspläne ausformuliert oder in Bearbeitung; 17 Bundesstaaten hatten Ziele zur Reduktion der Treibhausgasemissionen festgelegt. Die meisten Staaten sehen eine Stabilisierung der Emissionen bis zum Jahr 2010 oder 2020 auf dem Niveau der Emissionen von 1990 vor und streben eine Reduktion in der Größenordnung von 10 bis 85 Prozent für längere Zeithorizonte an (Pew Center 2007).

In den Klimaaktionsplänen der Bundesstaaten werden Maßnahmen benannt, mit denen der Treibhausgasausstoß gesenkt werden kann. Die Pläne sollen den Entscheidungsträgern dabei helfen, Potenziale für kostenwirksame Emissionsreduktionen zu erkennen. Allerdings werden Klimaaktionspläne nur in Kombination mit einem Reduktionsziel als wirksames Mittel zur Reduktion von Emissionen angesehen (Pew Center 2006).

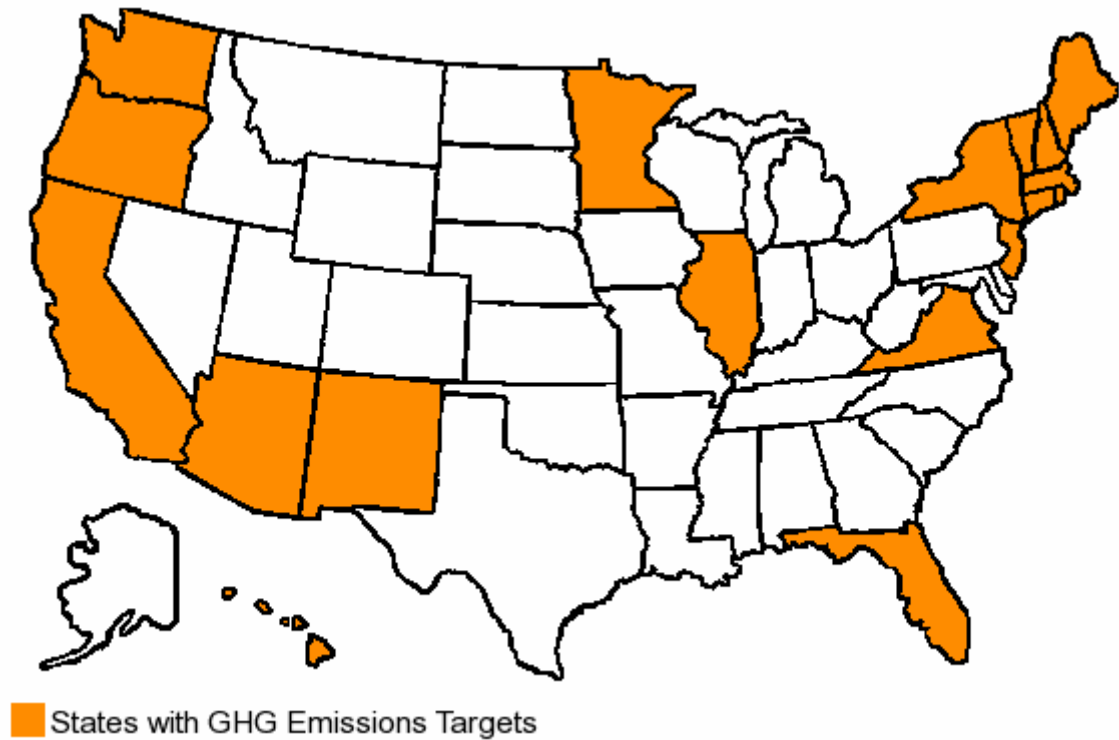
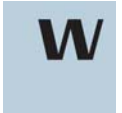


Abbildung 1: Bundesstaaten mit landesweiten Reduktionszielen (Dunkelgrau im Schwarz-weiß-Ausdruck bzw. Orange im Farbausdruck) (Quelle: Pew Center 2007a)

In der folgenden Tabelle sind die Reduktionsziele der Bundesstaaten aufgeführt:

Bundesstaat	Reduktionsziele	Grundlage
Arizona	2020: auf dem Niveau von 2000 2040: 50 % unter dem Niveau von 2000	Verordnung
Connecticut	2020: 10 % unter dem Niveau von 1990 2050: 80 % unter dem Niveau von 2001	Gesetz
Florida	2017: auf dem Niveau von 2000 2025: auf dem Niveau von 1990 2050: 80 % unter dem Niveau von 1990	Verordnung
Illinois	2020: auf dem Niveau von 1990 2050: 60 % unter dem Niveau von 1990	Pressemitteilung (rechtlich unverbindlich)
Kalifornien	2010: auf dem Niveau von 2000	Verordnung



	2020: auf dem Niveau von 1990 2050: 80 % unter dem Niveau von 1990	sowie Gesetz für das 2020-Ziel
Maine	2010: auf dem Niveau von 1990 2020: 10 % unter dem Niveau von 1990	Gesetz
Massachusetts	2010: auf dem Niveau von 1990 2020: 10 % unter dem Niveau von 1990	Klimaaktionsplan
Minnesota	2015: 15 % unter dem Niveau von 2005 2025: 30 % unter dem Niveau von 2005 2050: 80 % unter dem Niveau von 2005	Gesetz
New Hampshire	2010: auf dem Niveau von 1990 2020: 10% unter dem Niveau von 1990	Unterzeichnetes Ab- kommen
New Jersey	2020: auf dem Niveau von 1990 2050: 80 % unter dem Niveau von 2006	Gesetz
New Mexico	2012: auf dem Niveau von 2000 2020: 10 % unter dem Niveau von 2000 2050: 75 % unter dem Niveau von 2050	Verordnung
New York	2010: 5 % unter dem Niveau von 1990 2020: 10 % unter dem Niveau von 1990	Klimaaktionsplan
Oregon	2010: auf dem Niveau von 1990 2020: 10 % unter dem Niveau von 1990 2050: 75 % unter dem Niveau von 1990	Gesetz
Rhode Island	2010: auf dem Niveau von 1990 2020: 10 % unter dem Niveau von 1990	Klimaaktionsplan
Vermont	2010: auf dem Niveau von 1990 2020: 10 % unter dem Niveau von 1990	Klimaaktionsplan
Virginia	2025: 30 % unter dem „business-as-usual-Szenario“	Verordnung
Washington	2020: auf dem Niveau von 1990 2035: 25 % unter dem Niveau von 1990 2050: 50 % unter dem Niveau von 1990	Gesetz

Tabelle 1: Reduktionsziele der US-Bundesstaaten (Quelle: Pew Center 2008)

Fallbeispiel: Kalifornien

Im Bundesstaat Kalifornien ist es in erster Linie auf das Engagement von Gouverneur Arnold Schwarzenegger zurückzuführen, dass der Klimaschutz derzeit eine hohe Priorität innehat. Wiederholt hat Schwarzenegger seine Absicht bekräftigt, Kalifornien zur Nummer eins im Kampf für den Klimaschutz zu machen. Dabei verdeutlichte er auf

dem UN-Klimagipfel in New York im September 2007, dass sein Engagement nicht an den Grenzen des Bundesstaates haltmache: „Kalifornien wird die Vereinigten Staaten ungeachtet der Diskussionen und Zweifel zum Handeln drängen.“

Kalifornien stellt die siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt dar. Ihr kommt bei der Festlegung von Standards vor allem im Gefüge der amerikanischen Volkswirtschaften ein großes Gewicht zu. Die Industrie orientiert sich oftmals an den strengsten Vorgaben eines Bundesstaates, da sie die übrigen US-Bundesstaaten mit denselben Produkten beliefern möchte. Damit können einzelne Staaten wie Kalifornien mit produktbezogenen Vorgaben zukunftsweisende Standards für die Vereinigten Staaten setzen (Müller 2003: 16). „Was Kalifornien der Industrie abverlangt, wirkt weit über den Bundesstaat hinaus. Kein Konzern will den Riesenmarkt an der Westküste verlieren.“ (Kleine-Brockhoff 2006).

In Kalifornien entwickelt ein eigens eingerichtetes Gremium (California Air Resources Board (ARB)) Verordnungen, Gesetzentwürfe und Marktmechanismen, um die rechtsverbindlichen Reduktionsziele zu erreichen. Aus der Feder dieses Gremiums stammen die meisten der folgenden Gesetzesinitiativen.

Im Juni 2005 erließ Schwarzenegger eine Verordnung, die erstmals Reduktionsziele für die Treibhausgasemissionen des Bundesstaates enthält. Bis zum Jahr 2010 soll der Ausstoß auf dem Niveau von 2000 stabilisiert werden. Im zweijährigen Rhythmus muss das Sekretariat der California Environmental Protection Agency dem Gouverneur und dem Parlament über den Fortschritt bei den Reduktionsbemühungen Bericht erstatten (Governor Schwarzenegger 2005). Im September 2006 wurden Minderungsziele ab 2020 in einem Global Warming Solutions Act (AB 32) vom Parlament angenommen, obschon die Demokraten dort in der Minderheit sind. Der Treibhausgasausstoß muss bis 2020 auf das Niveau von 1990 zurückgeführt werden, was einer absoluten Reduktion von 25 Prozent entspricht. Zum Vergleich: Deutschland hat im Rahmen des Kioto-Protokolls und der Lastenteilung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten eine Minderungsverpflichtung von 21 Prozent bis zum Jahr 2012 gegenüber 1990 übernommen. Im Zuge des Inkrafttretens des kalifornischen Global Warming Solutions Act wurde auch ein Treibhausgasinventar eingerichtet, indem die jährlichen Treibhausgasemissionen erfasst werden. Entsprechende Inventare führen auch alle Vertragsstaaten des Kioto-Protokolls, die Reduktionsverpflichtungen übernommen haben. Im Rahmen der Organisation „Climate Registry“ haben sich inzwischen 39 US-Bundesstaaten zusammengeschlossen, um regelmäßig ihre Treibhausgasinventare zu veröffentlichen (Climate Registry 2007).

Das bemerkenswerteste Beispiel für einen kalifornischen Vorstoß in der Klimaschutzpolitik ist der **Low Carbon Fuel Standard** für die Automobilindustrie, den Gouverneur Schwarzenegger per Erlass vom Januar 2007 vom California Air Resources Board ent-

wickeln ließ. Im Ergebnis soll die Kohlenstoffintensität der Kraftstoffe für kalifornische Fahrzeuge bis 2020 um 10 Prozent gesenkt werden und der Anteil alternativer Kraftstoffe am Kraftstoffverbrauch auf 20 Prozent steigen. Gleichzeitig sollen sieben Millionen Biokraftstofffahrzeuge oder Hybridwagen herkömmliche Kraftfahrzeuge ersetzen. Die Arbeiten des California Air Resources Board zur Implementierung der Standards sollen bis Ende 2008 abgeschlossen sein (California Energy Commission 2007).

Bereits im Jahr 2002 wurden in Kalifornien **Anforderungen für saubere Fahrzeuge** entwickelt. Diese Vorgaben sehen eine Reduktion der Treibhausgasemissionen von 23 Prozent bis 2012 und von 30 Prozent bis 2016 vor. Als Referenz dienen die Emissionen des Jahres 2009. Das California Air Resources Board rechnet damit, dass diese Vorgaben den Preis für Neuwagen ab 2014 um 1.000 US-Dollar erhöhen, diese Kosten sich jedoch rasch amortisieren, da der Kraftstoffverbrauch deutlich geringer sein wird.

Unter dem amerikanischen Clean Air Act ist Kalifornien der einzige Bundesstaat, der befugt ist, strengere Luftreinhaltevorschriften zu erlassen. Dafür benötigt er jedoch die Erlaubnis der amerikanischen Umweltbehörde (EPA). Wie in Kapitel 2.2. geschildert hat die EPA jedoch die Erlaubnis für einen entsprechenden Erlass im Dezember 2007 verweigert. Dessen ungeachtet hat der kalifornische Vorstoß eine beträchtliche Signalwirkung auf andere Bundesstaaten: Sechzehn haben bis April 2008 angekündigt, die kalifornischen Standards zu übernehmen. Dadurch stieg auch der Druck auf die US-Regierung, Maßnahmen zur Reduktion der Emissionen im Verkehr zu ergreifen. Dies trug mit dazu bei, dass das Energieunabhängigkeits- und Energiesicherheitsgesetz im Kongress von einer Mehrheit unterstützt wurde. Der kalifornische Vorschlag zu Emissionsobergrenzen für Fahrzeuge fand auch außerhalb der USA Beachtung: In der Diskussion um die Begrenzung der Fahrzeugemissionen in der EU verwies die Europäische Kommission ebenfalls auf die kalifornischen Vorschriften (Environmental Defense 2008).

4.2. Klimafreundliche Stromerzeugung

Die Stromgewinnung verursacht 38 Prozent des gesamten amerikanischen Treibhausgasausstoßes. In den USA haben jedoch die Bundesstaaten erheblichen Einfluss auf die Regulierung der Stromproduktion. Viele begegnen den Emissionen mit Klimaschutzmaßnahmen (Pew Center 2007). Dazu zählen:

- a) der Ausbau des Anteils an erneuerbaren Energien durch so genannte **„renewable portfolio standards“**. 26 Bundesstaaten schreiben ihren Energieversorgern einen Mindestanteil an erneuerbaren Energien an der Gesamtstromerzeugung vor.

Die vorgeschriebenen Mindestanteile variieren allerdings stark wie auch die Definitionen von ‚erneuerbaren Energiequellen‘. In Minnesota soll der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung 25 Prozent bis zum Jahr 2025 betragen; im Bundesstaat Washington sind 15 Prozent für 2020 vorgesehen. Obwohl diese Maßnahmen teilweise zu starken Emissionsrückgängen führen, ist der Klimaschutz nur einer von mehreren Beweggründen für die Einführung solcher Standards. Auch die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Erhöhung der Versorgungssicherheit und die Verbesserung der Luftqualität werden als Argumente angeführt.

- b) So genannte ‚**Public Benefit Funds**‘ – Mittel für öffentliche Güter – werden in 23 Bundesstaaten bereitgehalten, um Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung und zur Förderung von erneuerbaren Energien zu finanzieren. Die Mittel werden durch die Endverbraucher oder/und die Stromerzeuger aufgebracht, indem beispielsweise ein Aufschlag auf die Strompreise erhoben wird. 18 Bundesstaaten kooperieren im Rahmen einer Clean Energy States Alliance, auch um Erfahrungen auszutauschen und die Gestaltung der Förderinitiativen zu koordinieren (Clean Energy States Alliance 2007).
- c) Das so genannte ‚**Net Metering**‘ erlaubt in 42 Bundesstaaten Endverbrauchern mit eigener Stromproduktion, zum Beispiel Landwirten mit einer Biogasanlage oder Fabriken mit einem Biomassekraftwerk, Strom in das Versorgungsnetz einzuspeisen und dafür Gutschriften zu erhalten, die auf den eigenen Stromverbrauch angerechnet werden können. Mit dem Energiepolitikgesetz von 2005 müssen die öffentlichen Stromversorger in allen Bundesstaaten ihren Kunden auf Nachfrage die Möglichkeit einer Einspeisevergütung in Form des net metering einräumen. Die Umsetzung in den einzelnen Bundesstaaten ist jedoch äußerst unterschiedlich (EERE Information Center 2007).
- d) 44 Bundesstaaten ermöglichen Endverbrauchern gegen Mehrzahlung an den Stromversorger – so genanntes ‚**green pricing**‘ –, ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen. Gegenwärtig bieten mehr als 750 Energieversorger solche Optionen an. In den sechs Bundesstaaten Colorado, Washington, New Mexico, Montana, Minnesota und Iowa sind die Versorger sogar verpflichtet, auch Ökostrom anzubieten (EERE Information Center 2007, Pew Center 2007).
- e) Die **Begrenzung der Emissionen von Kraftwerken** wird in einigen Bundesstaaten auf unterschiedliche Weise forciert. Washington und Oregon verpflichten die Betreiber von neuen Kraftwerken, den erwarteten CO₂-Ausstoß durch andere Maßnahmen, etwa die Finanzierung von Klimaschutz-Projekten mit ent-

sprechender Emissionsminderung, zu kompensieren. Die Staaten Massachusetts und New Hampshire verpflichten auch bestehende Kraftwerke zu solchen Reduktionen durch Ausgleichsprojekte. In Kalifornien wird an einem Gesetz gearbeitet, das die Treibhausgasemission von Energieversorgern beschränkt. Auch Energieimporte nach Kalifornien sollen die Vorgaben erfüllen. Damit würde das Gesetz auch über die Grenzen des Bundesstaates hinaus wirken (Pew Center 2007). Kalifornien, Oregon, Washington und Montana haben Mindeststandards für die Treibhausgasintensität von neuen Kraftwerken erlassen. In Washington dürfen beispielsweise entsprechend der neuen Standards ab Juli 2008 keine neuen Grundlastkraftwerke mehr errichtet werden, die mehr als 1.100 Pfund⁵, umgerechnet rund 500 Kilogramm, Kohlendioxid pro Megawattstunde emittieren.

- f) Die US-Bundesregierung hat Mindeststandards für die Energieeffizienz von Geräten wie Waschmaschinen, Trocknern, Kühlschränken, Gefriergeräten, Geschirrspülgeräten und Klimaanlage festgelegt. Mehr als neun Bundesstaaten haben darüber hinaus nationale **Effizienzstandards** für Haushaltsgeräte verschärft oder auf eine breitere Produktpalette ausgedehnt.
- g) Viele Bundesstaaten fördern die Entwicklungen von ‚clean coal‘-Technologien. Damit sollen Kohlekraftwerke durch Abtrennung und unterirdische Lagerung von Kohlendioxid (Donner, Lübbert 2006) zur klimafreundlichen Energiegewinnung beitragen. Dies steht ebenfalls im Zeichen der Versorgungssicherheit, da Kohle in den USA reichlich vorhanden ist.

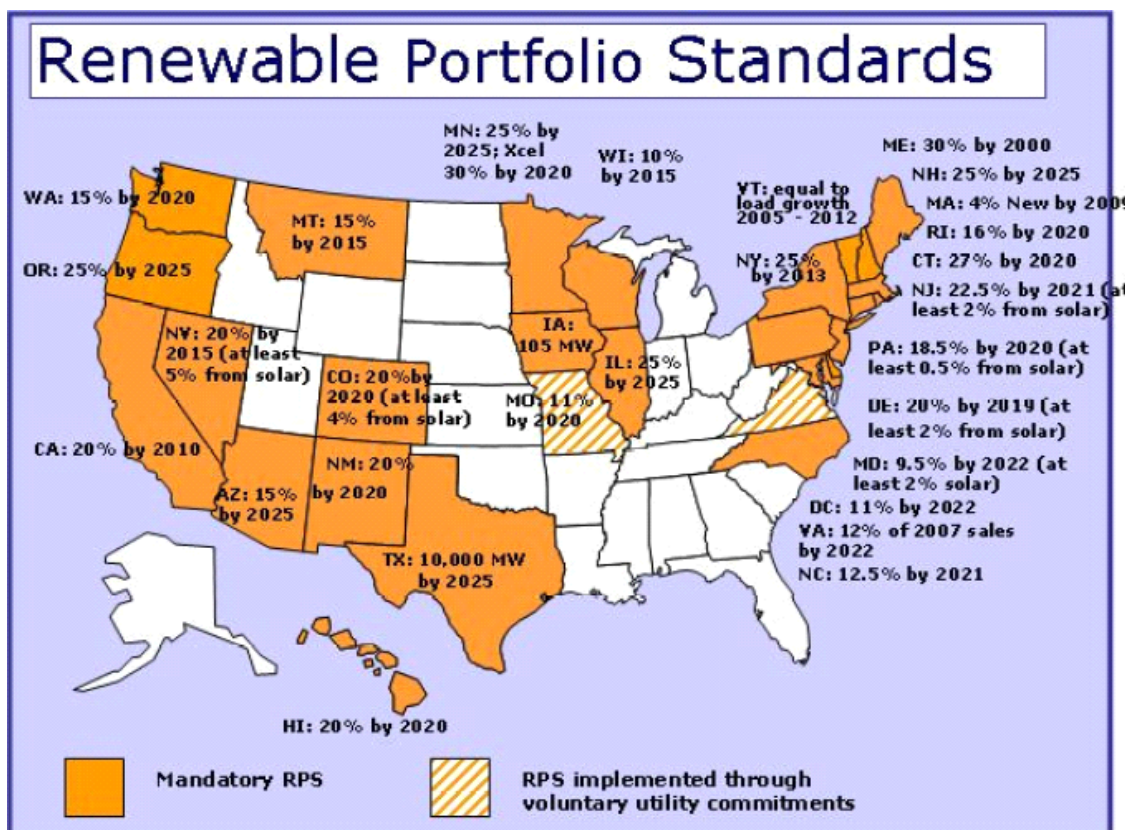


Abbildung 2: Bundesstaaten mit Ausbauzielen für Erneuerbare Energien an der Stromproduktion (Dunkelgrau im Schwarz-weiß-Ausdruck bzw. Orange im Farbausdruck) (Quelle: Pew Center 2007a)

4.3. Verkehr

Der transportbedingte Anteil am Gesamtausstoß von Treibhausgasen beträgt in den USA 27 Prozent. Daher sind Umweltgesetze in diesem Bereich von großer Bedeutung. Dem Bundesstaat Kalifornien kommt bei Umweltauflagen im Verkehrssektor eine Schlüsselrolle zu, weil der Bundesstaat als einziger Staat entsprechend dem Clean Air Act dazu ermächtigt ist, im Alleingang nationale Standards für die Fahrzeugemissionen festzulegen. Die übrigen Bundesstaaten können lediglich die föderalen Vorgaben umsetzen oder die kalifornischen Standards übernehmen.

Kalifornien wird dieser Vorreiterrolle beim Klimaschutz in der Verkehrspolitik gerecht, indem es unter anderem erstmalig Standards zur Reduktion der Treibhausgasemissionen von Leichtfahrzeugen beschlossen hat. Damit könnte sich die Menge des CO₂-Ausstoßes bis zum Jahr 2020 um 30 Millionen Tonnen reduzieren (Pew Center 2006, Pew Center 2007). Allerdings hat die Umweltbehörde die Erlaubnis für einen entsprechenden Erlass verweigert. Die kalifornische Regierung hat zusammen mit anderen Bundesstaaten nunmehr Klage gegen die US-Regierung erhoben, um das Inkrafttreten der Vorgaben zu erwirken. Bis April 2008 haben sechzehn Bundesstaaten – Arizona, Colorado, Connecticut, Florida, Maine, Maryland, Massachusetts, New Jersey, New Mexico, New York, Oregon, Pennsylvania, Rhode Island, Utah, Vermont und Washington – die kalifornischen Standards zur Emissionsbegrenzung formal angenommen oder haben dies angekündigt (ARB 2008).

Außerdem hat der kalifornische Gouverneur Schwarzenegger, wie in Kapitel 4.1. erwähnt, im Januar 2007 beschlossen, so genannte Low Carbon Fuel Standards entwickeln zu lassen. Diese sollen die Treibhausgasintensität der Kraftstoffe bis zum Jahr 2020 um zehn Prozent mit Hilfe marktbasierter Mechanismen vermindern. Es wird erwartet, dass diese Anforderungen dazu beitragen, dass 20 Prozent der herkömmlichen Treibstoffe durch klimafreundlichere Alternativen wie Erdgas, Biokraftstoffe und Wasserstoff ersetzt werden. Auch diese Maßnahme wird von anderen Bundesstaaten geprüft.

Zahlreiche Bundesstaaten haben Klimaschutzpolitiken im Bereich des Verkehrs etabliert: Sie schreiben beispielsweise für einen bestimmten Anteil der staatlichen Fahrzeugflotte vor, dass diese mit alternativen Kraftstoffen wie Biokraftstoffen oder Erdgas betrieben werden oder bestimmte Energieeffizienzkriterien erfüllen. Einige Bundesstaaten bieten Steuervergünstigungen für alternative Kraftstoffe, für die Anschaffung entsprechender Fahrzeuge oder für die Umrüstung von Fahrzeugen auf alternative Treibstoffe an. 37 Bundesstaaten fördern Biokraftstoffe, davon haben neun zusätzlich bestimmte Standards für Biokraftstoffe festgelegt (Pew Center 2006, Pew Center 2008).

4.4. Regionale Initiativen

Etliche Bundesstaaten haben auf subnationaler Ebene Übereinkommen zur Zusammenarbeit im Klimaschutz getroffen. Die Übereinkommen bündeln oft bundesstaatliche Einzelinitiativen, funktionieren teilweise grenzübergreifend mit kanadischen Provinzen und schließen die verschiedensten Handlungsebenen ein (Pew Center 2006; Pew Center 2007). Von besonderer außenpolitischer Bedeutung ist, dass zehn Bundesstaaten⁶ im Rahmen der **International Carbon Action Partnership (ICAP)** darauf hinwirken, ein Emissionshandelssystem zu implementieren, das mit dem der Europäischen Union kompatibel ist. In der EU ist ein solches System bereits seit 2005 etabliert (Pew Center 2006; Pew Center 2007). Zu den bedeutendsten Übereinkommen zählen des Weiteren:

- a) Am 15. November 2007 unterzeichneten sechs Staaten und eine kanadische Provinz den **Midwestern Regional Greenhouse Gas Reduction Accord**. Darin verpflichten sie sich dazu, regionale Reduktionsziele festzulegen und zu einer langfristigen Minderung von 60 bis 80 Prozent unter das gegenwärtige Emissionsniveau. Dazu soll ein Emissionshandelssystem eingeführt werden, das mehrere Bereiche erfasst. Zu den Unterzeichnern des Abkommens gehören Illinois, Iowa, Kansas, Michigan, Minnesota und Wisconsin sowie die kanadische Provinz Manitoba. Das Übereinkommen soll binnen dreißig Monaten nach Unterzeichnung umgesetzt werden.
- b) Die **Western Climate Initiative** wurde im Februar 2007 von den fünf großen Bundesstaaten der Westküste Arizona, Kalifornien, New Mexico, Oregon und Washington beschlossen. Im November 2007 schloss sich Montana an. Im April 2008 folgte die kanadische Provinz Quebec. Die Initiative sieht vor, innerhalb von sechs Monaten ein regionales Reduktionsziel von Minus 15 Prozent gegenüber 2005 bis 2020 zu beschließen. Dieses soll mithilfe eines marktbasierten Systems erreicht werden, das bis August 2008 entwickelt werden soll.
- c) Im Rahmen der **Northeast Regional Greenhouse Gas Initiative (RGGI)** haben sich zehn Bundesstaaten im Nordosten der USA zu einem Emissionshandelssystem zur Begrenzung des CO₂-Ausstoßes von Kraftwerken verpflichtet. Das Programm wird den CO₂-Ausstoß der Anlagen auf das Niveau des Jahres

6 Arizona, Kalifornien, Maine, Maryland, Massachusetts, New Jersey, New Mexico, New York, Oregon und Washington.

2009 begrenzen und zielt darauf ab, die Emissionen bis 2019 um 10 Prozent zu reduzieren. Es besteht die Möglichkeit, diese Emissionsziele durch Reduktionen in anderen Industriesektoren zu erreichen. Bislang haben sich die Bundesstaaten Connecticut, Delaware, Maine, New Hampshire, New Jersey, New York, Massachusetts, Rhode Island, Maryland und Vermont der Initiative angeschlossen.

- d) Die **Western Governor's Association (WGA) Clean and Diversified Energy Initiative** ist eine Initiative von 18 Bundesstaaten, um Strategien zur Effizienzsteigerung zu erarbeiten und erneuerbare Energien zu forcieren. Acht technische Kommissionen wurden geschaffen, um spezifische Empfehlungen abzugeben. Unter Zusammenarbeit der WGA und der kalifornischen Energie-Kommission besteht auch für elf Staaten ein unverbindliches Erfassungs- und Handelsprogramm (Western Renewable Energy Generation Information System – WREGIS). Es dient dazu, Strom aus erneuerbaren Energien mittels Zertifikaten auszuweisen, damit Kunden gezielt Ökostrom beziehen können. Ein ähnliches System existiert bereits in der EU und soll künftig weiter ausgebaut werden (vgl. Stratmann, Donner, Lübbert 2008).
- e) Im November 2007 wurde die **Energy Security and Climate Stewardship Platform for the Midwest** von 11 Staaten des Mittleren Westens und einer kanadischen Provinz ins Leben gerufen. Neben Wisconsin, Minnesota und South Dakota beteiligen sich Illinois, Indiana, Iowa, Kansas, Michigan, Missouri, Nebraska, North Dakota und Ohio sowie die kanadische Provinz Manitoba. Die Plattform listet Ziele für die Erhöhung der Energieeffizienz, den Ausbau des klimafreundlichen Transportwesens, die Erzeugung erneuerbarer Energien und von Biokraftstoffen sowie zur Abtrennung und Abscheidung von Kohlendioxid, auch Carbon Capture and Storage, CCS genannt, auf (vgl. Donner, Lübbert 2006). Diese Initiative folgt damit dem für die USA typischen Ansatz der Technologieförderung im Bereich der Klimaschutzpolitik. Bemerkenswert sind im Besonderen die Ziele für CCS. Alle Staaten sollen bis 2010 hierfür einen rechtlichen Rahmen geschaffen haben, und bis 2012 soll eine Pipeline zum Transport von Kohlendioxid genehmigt und errichtet sowie ein kohlendioxidarmes, kommerzielles Kraftwerk in Betrieb genommen sein. Bis 2020 sollen alle neuen Kohlekraftwerke in der Region, Kohlendioxid aus dem Abgas abtrennen und lagern. In Anbetracht des Standes der Technik von CCS und der Planungszeiten für neue Kraftwerke erscheinen diese Pläne sehr ehrgeizig.
- f) Mit der **New England Governors and Eastern Canadian Premiers (NEG-ECP)** Initiative verpflichteten sich im Jahr 2001 sechs New-England-Staaten und etliche kanadische Provinzregierungen zu einem Klimaaktionsplan, der kurz- und langfristige Reduktionsziele beinhaltet.
- g) Für die **Powering the Plains** Initiative aus dem Jahr 2002 schlossen sich fünf US-Bundesstaaten und die kanadische Provinz Manitoba zusammen, um gemeinsam Strategien und Richtlinien für den Einsatz von alternativen Energieformen und Technologien sowie für die Entwicklung von klimafreundlicher Landwirtschaft zu erarbeiten.
- h) Die **Clean Energy States Alliance** koordiniert die Maßnahmen von 14 Bundesstaaten zur öffentlichen Förderung der Steigerung von Energieeffizienz und des Ausbaus erneuerbarer Energien.

- i) Am 8. Mai 2007 unterzeichneten mehr als 30 Bundesstaaten eine Charta für ein „**Climate Registry**“. In diesem System werden die jährlichen Treibhausgasemissionen der Staaten nach einheitlichen Kriterien erfasst und veröffentlicht.

5. Fazit

Obwohl die USA in den internationalen Verhandlungen bis heute die Unterzeichnung des Kioto-Protokolls ablehnen, wächst in den US-Bundesstaaten die Bereitschaft, sich für den Klimaschutz zu engagieren, verbindliche Obergrenzen für die Treibhausgasemissionen festzulegen und Emissionshandelssysteme einzuführen. Eine besondere Rolle kommt dabei dem Bundesstaat Kalifornien zu, der 2005 als erster verbindliche Reduktionsziele verabschiedet hat und gegenwärtig auf eine Regulierung der Emissionen im Straßenverkehr drängt. Mehrfach folgten verschiedene US-Bundesstaaten dem Beispiel Kaliforniens und implementierten zeitlich verzögert ähnliche Gesetze. Diese Entwicklung wird durch regionale Initiativen, die über die Grenzen der Bundesstaaten hinausreichen, verstärkt. Im Gesamtbild betreiben derzeit vor allem die Staaten der West- und Nordostküste eine aktive Klimaschutzpolitik, wobei 17 Bundesstaaten verbindliche Reduktionsziele verankert haben. Die allmählichen innenpolitischen Veränderungen in der Klimaschutzpolitik spiegeln sich auch in überparteilichen Gesetzesentwürfen im US-Kongress wieder, die darauf abzielen, den Treibhausgasausstoß mittels verbindlicher Reduktionsziele zu senken. Obwohl die USA das Kioto-Protokoll nicht ratifiziert haben, beinhalten die angekündigten, diskutierten und bereits bestehenden Klimaschutzinitiativen die Chance, dass sich das Land auf lange Sicht faktisch in die Unterzeichnerstaaten einreihet, indem es seine Treibhausgasemissionen wirksam reduziert.

Ernsthafte Verhandlungen mit den USA über ein internationales Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012 werden jedoch aufgrund der ablehnenden Haltung von George W. Bush erst nach 2009 erwartet (Ott 2006: 127). Viele Beobachter hoffen, dass ein Regierungswechsel in den USA neue Impulse für die internationale Klimaschutzpolitik mit sich bringen könnte.

6. Literatur- und Quellenverzeichnis

- ARB – Air Resources Board (2008). Air Resources Board study proves California clean car law is more effective in fighting global warming than federal fuel economy standards. Pressemitteilung vom 7. Mai 2008, im Internet: <http://www.arb.ca.gov/newsrel/nr050808b.htm> [Stand: 10.06.2008].
- BBC (2007). 2008 Elections: Main Contenders. Im Internet: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/5006788.stm>, [Stand: 17.06.2008].
- Berliner Zeitung (2007). Die Amerikaner entdecken den Klimaschutz. In: Berlin Zeitung vom 29.03.2007, S8.
- BMU (2007) b. Beschluss -/CP.13 Aktionsplan von Bali, vorläufige nicht amtliche Übersetzung, 15.12.2007, Berlin, im Internet: http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/bali_aktionsplan.pdf [Stand: 17.06.2008].
- BMU (2007) b. Gabriel: USA müssen sich ihrer Verantwortung für den Klimaschutz stellen. Gespräch mit der Präsidentin des Repräsentantenhauses. Pressedienst Nr. 148/07, 28. Mai 2006.
- Brühl, Tanja (2000). Verweigerung statt Führung: Die internationale Umweltpolitik der USA. In: Peter Rudolf/Jürgen Wilzewski (Hg.), Weltmacht ohne Gegner. Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Nomos, 2000, Baden-Baden.
- California Energy Commission (2007). Low-carbon fuel standard. Last updated 08.02.2007, im Internet: http://www.energy.ca.gov/low_carbon_fuel_standard/ [Stand: 17.06.2008].
- Clean Energy States Alliance (2007). CESA Biennial Report 2005-2006. Juni 2007, Montpelier, im Internet: http://www.cleanenergyfunds.org/Publications/CESA_Biennial_Report_2005-2006.pdf [Stand: 17.06.2008].
- Climate Registry (2007). The Climate Registry. Im Internet: <http://www.theclimateregistry.org/> [Stand: 17.06.2008].
- Die ZEIT (2007) a. Schlappe für Bush. Im Internet: <http://zeus.zeit.de/text/online/2007/14/usa-epa-suprem-court>, [Stand: 17.06.2008].
- Donner, Susanne; Stratmann, Anne (2005). Die Asiatisch-Pazifische Partnerschaft. Infobrief der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, Reg.-Nr.: WF VIII – 134/2005.
- Donner, Susanne; Lübbert, Daniel (2006). Kohlendioxid-arme Kraftwerke. CO₂-Sequestrierung: Stand der Technik, ökonomische und ökologische Diskussion. Infobrief der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, 19.04.2006, im Internet: http://www.bundestag.de/wissen/analysen/2006/Kohlendioxid-arme_Kraftwerke.pdf [Stand: 16.06.2008].
- EERE Information Center (2007). Net Metering Programs by State. Dezember 2007, im Internet: http://www.eere.energy.gov/greenpower/resources/maps/netmetering_map.shtml [Stand: 17.06.2008].
- Environmental Defense (2008). Overview: California's Clean Cars Law. Zuletzt geändert: 2. Januar 2008, im Internet: <http://www.environmentaldefense.org/page.cfm?tagID=15503> [Stand: 17.06.2008].
- Environmental Protection Agency (EPA) (2006). U.S. Greenhouse Gas Inventory Reports. Im Internet: <http://epa.gov/climatechange/emissions/usinventoryreport.html>, [Stand: 17.06.2008].

- EPA (2006). Current and Near-Term Greenhouse Gas Reduction Initiatives. Last updated 4. Dezember 2006, im Internet: <http://epa.gov/climatechange/policy/neartermghgreduction.html> [Stand: 18. Juni 2008].
- EurActiv (2007) a. Washington Feels the Heat. Pressemitteilung vom 13. Februar 2007. Im Internet: <http://www.euractiv.com/en/climate-change/washington-feels-heat-climate-change/article-161656>, [Stand: 18. Juni 2008].
- EurActiv (2007) b. EU-USA-Gipfel: Kein Abkommen über Klimawandel in Sicht. 30. April 2007, im Internet: <http://www.euractiv.com/de/handel/eu-usa-gipfel-kein-abkommen-klimawandel-sicht/article-163451>, [Stand: 18. Juni 2008].
- G8 Gleneagles 2005 (2005). Chair's Summary. Im Internet: <http://www.g8.gov.uk/servlet/Front?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1119518698846>, [Stand: 18. Juni 2008].
- G8 2007 Environment Ministers Meeting (2007). Chair's conclusions. Im Internet: http://unfccc.int/files/application/pdf/g-8_potsdam_conclusion.pdf, [Stand: 18. Juni 2008].
- Governor Arnold Schwarzenegger (2005). Executive Order S-3-05. Im Internet: http://www.governor.ca.gov/state/govsite/gov_htmldisplay.jsp?BV_SessionID=@@/@/1089674405.1180431605@@/@@/@@&BV_EngineID=ccchaddlddmmgmkcfnegckmdffidfng.0&sFilePath=%2fgovsite%2fexecutive_orders%2f20050601_S-3-05.html&sTitle=Executive+Order+S-3-05&sCatTitle=Press+Release [Stand: 18. Juni 2008].
- Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC (2007). Vierter Sachstandsbericht des IPCC. Zusammenfassungen für politische Entscheidungsträger, Bern, ProClim-Forum for Climate and Global Change, Umweltbundesamt, Deutsche IPCC Koordinierungsstelle.
- Kleine-Brockhoff, Thomas (2006). Der Heimliche Wandel. In: Die ZEIT, 12.10.2006 Nr. 42. Im Internet: <http://www.zeit.de/2006/42/U-US-Reaktionen>, [Stand: 18. Juni 2008].
- The Library of Congress (2007). Einträge und Vorgänge zum Gesetz H.R.6 Im Internet: <http://thomas.loc.gov/cgi-bin/bdquery/z?d110:HR00006:@@@R> [Stand: 18. Juni 2008].
- Ministry of Foreign Affairs of Japan (2008). G8 Hokkaido Toyako Summit Leaders Declaration, Hokkaido Toyako, 8. Juli 2008, Im Internet: http://www.g8summit.go.jp/eng/doc/doc080714_en.html [Stand: 19. Juli 2008].
- Müller, Friedemann (2003). Kyoto-Protokoll ohne USA –wie weiter? Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, März 2003.
- New York Times (2007). House Votes to Rescind Oil Drillers' Tax Breaks. Im Internet: <http://www.nytimes.com/2007/01/19/business/19royalty.html?ex=1326862800&en=4c59d407c86249ff&ei=5088&partner=rssnyt&emc=rss> [Stand: 18. Juni 2008].
- Office of the Governor (2007). Governor Schwarzenegger Issues Statement after U.S. EPA Rejects California's Tailpipe Emissions Waiver Request. Pressemitteilung vom 19. Dezember 2007, im Internet: <http://gov.ca.gov/index.php?/press-release/8353/> [Stand: 18. Juni 2008].
- Office of the Governor (2008). Governor Schwarzenegger Announces EPA Suit Filed to Reverse Waiver Denial. Pressemitteilung vom 2. Januar 2008, im Internet: <http://gov.ca.gov/index.php?/press-release/8400/> [Stand: 18. Juni 2008].
- Ott, Hermann E. (2006). Der Vertrag von Kyoto – Was kommt Danach? Im Internet: http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wibeitrag/vertrag-von-kyoto.pdf, [Stand: 18. Juni 2008].
- Österreichischer Rundfunk (ORF) (2007). Appell an die USA. Im Internet: <http://science.orf.at/science/news/147774>, [Stand: 18. Juni 2008].

- Pew Center on Global Climate Change (2006). Climate Change 101 – State Action. Im Internet: <http://pewclimate.org/docUploads/101%5FStates%2Epdf>, [Stand: 18. Juni 2008].
- Pew Center on Global Climate Change (2007). Learning from State Action on Climate Change. Dezember 2007 Update, im Internet: http://www.pewclimate.org/docUploads/States%20Brief%20Template%20_November%202007_.pdf [Stand: 18. Juni 2008].
- Pew Center on Global Climate Change (2008). Learning from State Action on Climate Change – June 2008 Update. Im Internet: http://www.pewclimate.org/what_s_being_done/in_the_states/emissionstargets_map.cfm, [Stand: 18. Juni 2008].
- Rechkemmer, Andreas; Schmidt, Falk. (2006). Nach dem Weltklimagipfel von Montreal. In: Internationale Politik, Nr. 2, Jahrgang 61, Februar 2006.
- Rudolf, Peter (2006). Amerikapolitik – Konzeptionelle Überlegungen zum Umgang mit dem Hegemon. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, September 2006.
- Spiegel Online (2007). Das Ende der Klima-Farce Im Internet: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,475343,00.html>, [Stand: 18. Juni 2008].
- Spiegel Online (2008)a. Bush will Treibhausgas-Ausstoß bis 2020 wachsen lassen. Markus Becker, 16. April 2008, Im Internet: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,547808,00.html> [Stand: 17. Juni 2008].
- Spiegel Online (2008)b. US-Senat blockiert Klimaschutzgesetz. 6. Juni 2008, im Internet: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,558211,00.html> [Stand: 18.06.2008].
- Stratmann, Anne; Donner, Susanne; Lübbert, Daniel (2008). Zertifikatehandelssystem für erneuerbare Energien. Der Aktuelle Begriff, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, 2. Juni 2008, im Internet: <http://www.bundestag.de/wissen/analysen/2008/zertifikatehandelssystem.pdf> [Stand: 18. Juni 2008].
- Umweltbundesamt (UBA) (2005). Die Zukunft in unseren Händen - 21 Thesen zur Klimaschutzpolitik des 21. Jahrhunderts und ihre Begründungen. Im Internet: <http://www.umweltbundesamt.de/klimaschutz/index.htm>, [Stand: 18. Juni 2008].
- United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) (2005). Key GHG Data. Im Internet: http://unfccc.int/resource/docs/publications/key_ghg.pdf, [Stand: 18. Juni 2008].
- US Climate Network (2007). 110th Legislation. Im Internet: <http://www.usclimatenetwork.org/federal/110th-legislation>, [Stand: 18. Juni 2008].
- U.S. Congress (2007). CLEAN Energy Act of 2007. 110th Congress, 1st Session, H.R. 6. Im Internet: http://frwebgate.access.gpo.gov/cgi-bin/getdoc.cgi?dbname=110_cong_bills&docid=f:h6eh.txt.pdf, [Stand: 18. Juni 2008].
- Washington Times (2007) a. Bush accepts science on warming. Im Internet: <http://washingtontimes.com/national/20070202-105426-1955r.htm>, [Stand: 18. Juni 2008].
- Washington Times (2007) b. Congress tackles global warming. Im Internet: <http://www.washtimes.com/national/20070212-122836-3530r.htm>, [Stand: 18. Juni 2008].
- Winter, Thomas von (2004). Multilateralismus und Unilateralismus in der Außenpolitik der USA. Infobrief der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, Reg.-Nr.:WF II – 117/2004.
- White House (2007). Energy Independence and Security Act of 2007. Fact Sheet. President Bush signs energy bill to improve fuel economy and reduce oil dependence.

Pressemitteilung vom 19. Dezember 2007, im Internet:
<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2007/12/20071219-1.html> [Stand: 18. Juni
2008].

